



ArbeitsGemeinschaft der JugendÄmter der Länder Niedersachsen und Bremen

Kinder- und Jugendhilfe:
**Motor für
lebenswerte Kommunen**

GROSSE ARBEITSTAGUNG

der AGJÄ
vom 24.-25. September 2009
Universität Hildesheim



**PROGRAMM &
ANMELDUNG**



INHALT

A. GRUSSWORT	6
B. VERANSTALTUNGSABLAUF	7
C. BESCHREIBUNG DER EINZELNEN VERANSTALTUNGEN	9
1. JUGENDARBEIT	
1.1 Jugendarbeit als kommunaler Standortfaktor: Vorschläge für weiterentwickelte Konzepte kommunaler Jugendarbeit und kommunaler Jugendpolitik	9
1.2 NiKo – Niedersächsische Kooperations- und Bildungsprojekte an schulischen Standorten: (Praxis-)Einblicke, Einschätzungen und Erkenntnisse	10
1.3 Zukunft der Jugendarbeit in den Kreisjugendämtern	11
1.4 HALT – (Hart am Limit) Projektvorstellung eines Bundesprojektes zur Alkoholprävention in der Region Hannover	12
1.5 Anforderungen einer sozialräumlichorientierten Jugendhilfe an die Kommunale Jugendarbeit	13
1.6 Auf dem Weg zur beispielbaren Stadt (Spielen – Leiten – Planen)	14
2. JUGENDSOZIALARBEIT	
2.1 Schulsozialarbeit und ihre Qualitätsstandards	15
2.2 Vermeidung von Schulabsentismus – Aufgabe der Jugendhilfe?	16
2.3 Jugendberufshilfe im Förderdschungel – Lokales Management am Übergang von der Schule in den Beruf	17
3. TAGESBETREUUNG	
3.1 O-Plan Bildung für Kinder unter 3 Jahren im Land Niedersachsen	
3.2 Bildung und Bewegung – Was Kinder unter 3 Jahren brauchen	18
3.3 Beispiele aus der Praxis zur gelungenen Umsetzung pädagogischer Konzepte für Kinder unter 3 Jahren. Vorstellung unterschiedlicher Modelle und Konzepte mit anschließender Diskussion	
3.4 Familienzentren in Hannover	19
3.5 Von der Kindertagesstätte zum Familienzentrum – Einblicke in eine bundesweite Entwicklung	
3.6 Horte und Schulen	
Individuelle Förderung in ganztägig organisierten Schulformen des Primarbereiches	20
3.7 Horte und Schulen	
Schulkindbetreuung in Ganztagsbetreuung - von den Pflichten bis zur Kür	
3.8 Qualität und Entwicklung in der Tagespflege	21

4. KOMMUNALE BILDUNGSLANDSCHAFTEN	
4.1 Erfordernisse und Anforderungen an eine gemeinsame Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung	
4.2 Lokale Bildungslandschaften	22
5. HILFE ZUR ERZIEHUNG	
5.1 Weiterentwicklung der Vollzeitpflege in Niedersachsen Vorstellung und Diskussion der Anregungen und Empfehlungen für die niedersächsischen Jugendämter	23
5.2 Personalentwicklung und Personalausstattung im Allgemeinen Sozialdienst Darstellung der Ergebnisse der integrierten Berichterstattung Niedersachsen und der Organisationsuntersuchung des ambulanten Sozialdienstes in Bremen	24
5.3 Wirksamkeit erzieherischer Hilfen Darstellung der derzeitigen Forschungsergebnisse durch die Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e. V. Entwicklung von weiteren Forschungsansätzen für die AGJÄ	
5.4 Regelungen zum Kinderschutz durch die Träger der öffentlichen Jugendhilfe	25
5.5 Bundesmodellprojekt „wirkungsorientierte Jugendhilfe“	26
5.6 Qualitätssicherung im Kinderschutz Erreichte Standards und aktuelle Entwicklungen	27
5.7 Qualitätsentwicklung im Kinderschutz Stand der Umsetzung des Handlungskonzeptes Kindeswohl in der Stadt Bremen	28
6. KINDSCHAFTSRECHT / KINDESUNTERHALT	
6.1 Wege in der Vormundschaft Kann die Vereinsvormundschaft die Amtsvormundschaft entlasten? (Anerkennungsvoraussetzungen, Qualitätsstandards, Finanzierung)	
6.2 Qualitätskriterien und Kennzahlen in der Beistandschaft	29
6.3 Gewinnung von Ehrenamtlichen als Vormund für die Kinder und Jugendlichen	30
7. JUGENDGERICHTSHILFE	
7.1 IBN – Jugendgerichtshilfe Darstellung der ersten Ergebnisse des entwickelten Kennzahlenvergleiches	31
7.2 Brauchen wir ein 3. JGGÄndG zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Justiz und Jugendhilfe?	32
8. FÖRDERUNG DER ERZIEHUNG IN DER FAMILIE	
8.1 Patenprojekt für Kinder psychisch kranker Eltern (Praxisberatung aus dem Landkreis Wolfenbüttel)	33

INHALT

8.2	SAFE – Sichere Ausbildung für Eltern (Praxisbeispiele aus dem Landkreis Cuxhaven)	34
8.3	Familien- und Kinderservicebüro - (auch) Drehscheibe für frühe Hilfen	35
9.	ZUSAMMENARBEIT JUGEND- UND GESUNDHEITSHILFE	
9.1	„PIAF“ – ein Präventionsprojekt der Früherkennung und Förderung im Kindergarten im Landkreis Hildesheim	36
9.2	Fit für die Schule – Bewegung, Ernährung, Sprache	37
9.3	Kooperation und Netzwerkarbeit zwischen der Jugendhilfe und der Gesundheitshilfe (Die Koordinierungszentren Kinderschutz in Niedersachsen stellen sich vor)	
9.4	Zusammenarbeit Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie	38
10.	QUERSCHNITTSTHEMEN DER JUGENDHILFE	
10.1	„Bologna“ und die Folgen (10 Jahre Hochschulreform und ihre Konsequenzen für die Soziale Arbeit)	39
10.2	„Was macht das föderale System mit der Kinder- und Jugendhilfe?“	
10.3	Interkulturelle Öffnung in der Kinder- und Jugendhilfe (Vorstellung von Best Practise-Ansätzen)	40
10.4	Genderorientierung in der Jugendhilfeplanung und Jugendhilfe in Niedersachsen	41
D.	INFORMATIONEN ZUR ANMELDUNG	42
E.	ANFAHRTSBESCHREIBUNG ZUR UNIVERSITÄT HILDESHEIM	44
F.	ANFAHRTSBESCHREIBUNG ZUR UNIVERSITÄT HILDESHEIM	46
G.	NOTIZEN	48
H.	BESTELLFORMULAR HOTELZIMMERBUCHUNG	06

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„**Kinder- und Jugendhilfe: Motor für lebenswerte Kommunen**“ ist das Motto der diesjährigen Großen Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter der Länder Niedersachsen und Bremen.



Zum 44. Mal trifft sich die Fachwelt der Jugendämter Niedersachsens und Bremen in der Zeit vom 24.09. – 25.09.2009 in Hildesheim zum gemeinsamen fachlichen Austausch und Fortbildung. Die Arbeitsgemeinschaft setzt damit eine seit 1925 langjährige Tradition fort, in der sie auf wichtige Anliegen der Kinder- und Jugendhilfe aktuell aufmerksam machen und den Fachleuten ein Forum bieten will sich auszutauschen und fortzubilden. Unser Motto: Kinder- und Jugendhilfe als Motor für lebenswerte Kommunen macht deutlich, welche Bedeutung und Rolle der Jugendhilfe in der augenblicklichen gesellschaftlichen Diskussion um Kinderarmut, Kinderschutz, Ausgleich von Benachteiligungen, Bildung, Betreuung und Erziehung zukommt und dass die Jugendhilfe unmittelbar in die Lebenswelt betroffener Kinder, Jugendlicher und junger Erwachsener und Familien wirkt.

Die Lebenswelten und Sozialräume in ihrer Vielfältigkeit positiv und attraktiv zu gestalten ist die Herausforderung der kommenden Jahre.

Die Kommunen mit einem breiten Spektrum von institutioneller Betreuung, Unterstützungs- und Förderangeboten der Jugendhilfe, aber auch Angeboten in kultureller Bildung und Sport, halten eine tragfähige und fördernde Infrastruktur vor.

Die Vorbereitungsgruppe für die Große Arbeitstagung hat auch dieses Mal dem Motto entsprechend ein attraktives und inhaltlich anspruchsvolles Programm gestaltet. In zahlreichen Arbeitsgruppen, Referaten und Vorträgen erfolgt ein umfassender Diskurs durch das Spektrum der augenblicklichen Herausforderungen in den verschiedensten Feldern der Jugendhilfe. Dies wird eingerahmt durch ein interessantes Kultur- und Rahmenprogramm.

Nicht nur der Vorbereitungsgruppe sei an dieser Stelle ein herzlicher Dank ausgesprochen, sondern auch dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie dem Land Bremen, die durch ihre großzügige finanzielle Unterstützung wesentlich zum Zustandekommen der Großen Arbeitstagung beitragen.

Die Große Arbeitstagung richtet sich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendämter in Niedersachsen und Bremen. Auch Mitarbeiter der Freien Wohlfahrtspflege sind gern gesehene Gäste. Eine Anmeldung zur Tagung ist ab dem 15.05.2005 direkt oder über die Homepage der AGJÄ möglich.

Wir empfehlen allen Interessierten, sich schnell und verbindlich anzumelden. Bitte geben sie hierbei an, welche Veranstaltungen und Arbeitsgruppen Sie besuchen möchten.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir uns in einer großen Zahl in Hildesheim wieder sehen und die Tagung zu einem gemeinsamen Erfolg wird.

Stefan Ottmann
VORSITZENDER

VERANSTALTUNGSABLAUF

Donnerstag, den 24. September 2009 Veranstaltungsort:

10.00 Uhr

BEGRÜSSUNG

durch den Vorsitzenden der AGJÄ Audimax, Uni (Gebäude A)

10.00–12.00 Uhr

TALKRUNDE:

Frau Ingelore Rosenkötter

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit,
Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen
und Vorsitzende der Jugendministerkonferenz

Frau Ursula Aumüller-Roske

Nieders. für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Herr Reiner Wegner

Landrat des Landkreises Hildesheim

Herr Kurt Machens

Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim

Herr Stefan Ottmann

AGJÄ Vorsitzender

Moderation: Frau Hanna Legatis, NDR

ERÖFFNUNGSVORTRÄGE

Herr Bernd Osterloh

Betriebsratvorsitzender VW

Herr Dr. Robert Sauter

Leiter der Verwaltung des Landesjugendamts Bayern

KULTURPROGRAMM

VERANSTALTUNGSABLAUF

Donnerstag, den 24. September 2009 Veranstaltungsort:

12.00–13.30 Uhr

MITTAGSPAUSE Mensa/Restaurants (Universitätsbereich)

13.30–15.30 Uhr

FOREN UND WORKSHOPS I Gebäude H, I, J + G, Uni

15.30–16.00 Uhr

KAFFEEPAUSE Mensa, Uni

16.00–18.00 Uhr

FOREN UND WORKSHOPS II Gebäude H, I, J + G, Uni

18.00–19.00 Uhr

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

(19.15 Uhr – Bustransfer zum Rathaus) Musikraum (Uni Hildesheim), Gebäude K

ab 19.30 Uhr

ABEND DER BEGEGNUNG

mit Buffet und Kulturprogramm Halle im Rathaus Hildesheim (Marktplatz)

Freitag, den 25. September 2009

9.00–10.30 Uhr

FOREN UND WORKSHOPS III Gebäude H, I, J + G, Uni

11.00–12.00 Uhr

ABSCHLUSSVERANSTALTUNG Audimax, Uni (Gebäude A)

13.00 Uhr

PRESSEKONFERENZ

1. JUGENDARBEIT

1.1 Jugendarbeit als kommunaler Standortfaktor: Vorschläge für weiterentwickelte Konzepte kommunaler Jugendarbeit und kommunaler Jugendpolitik

Keine Zeit mehr für selbstbemitleidende Krisenszenarien der Jugendarbeit!

Die Wettbewerbe um die kinder-, jugend- und familienfreundlichsten Kommunen haben in vielen Regionen längst begonnen. Es zeigt sich immer deutlicher, dass sich die Themen Kinder, Jugendliche, Familie sowie die kommunalen Betreuungs- und Bildungsleistungen zu einem weichen, aber zunehmend wichtigen Standortfaktor für die Kommunen entwickeln.

Die durch die demografische Herausforderung angetriebene öffentliche Diskussion zur Familien- und Bildungspolitik entwickelt einen Handlungssog, dem sich die Kommunalpolitik in vielen Städten und Gemeinden nicht mehr entziehen kann. Mancherorts entsteht ein „Nachfragewettbewerb“ nach neuen Konzepten für eine erfolgsversprechende kommunale Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

Die angefragten gemeinwesenorientierten Bildungs-, Begleitungs- und Entwicklungskonzepte für Kinder und Jugendliche sind eigentlich eine Spezialität der Jugendarbeit. Die Jugendarbeit kann und muss sich deshalb mit ihren Kompetenzen offensiv und an zentraler Stelle an der „Renaissance“ der kommunalen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik beteiligen.

Es wird damit für ein erweitertes und selbstbewusstes Aufgabenprofil von Jugendarbeit geworben und argumentiert. Zugleich stellt das Referat Beispiele erfolgreicher Konzepte kommunaler Jugendpolitik und kommunaler Jugendarbeit vor.

Moderation: Frau Gerda Deitmar – Stadt Braunschweig

Referent: Herr Winfried Pletzer, Referent für kommunale Jugendarbeit im Bayerischen Jugendring, München, Politologe, Pädagoge

Datum: 24.09.2009

Zeit: 13.30–15.30 Uhr

1.2 NiKo – Niedersächsische Kooperations- und Bildungsprojekte an schulischen Standorten: (Praxis-)Einblicke, Einschätzungen und Erkenntnisse

Das NiKo-Programm des Landes Niedersachsen fördert die Kooperation zwischen Schule, Jugendhilfe, Bildungsträgern sowie weiteren Partnerinnen und Partnern. Ziel dieser Kooperation ist es, eine Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten vor allem von gefährdeten jungen Menschen in sozialen Brennpunkten zu erreichen und damit ihre gesellschaftliche Integration zu fördern.

In Weiterentwicklung früherer Programme wurden die Erziehungs- und Bildungspartnerchaften zwischen Jugendhilfe und Schule um den Bildungs- und Lernort Familie erweitert. Lokale Konzepte zur Förderung von Bildung und Erziehung sollen einen Beitrag zur Stärkung der erzieherischen Kompetenzen und zum Abbau von Bildungsbenachteiligung leisten. Darüber hinaus setzen die NiKo-Projekte Schwerpunkte im Bereich der Gesundheitserziehung. Kinder, Jugendliche und Familien sollen ein stärkeres Bewusstsein über eine gesunde Lebensführung entwickeln und entsprechende Alltagskompetenzen erwerben.

Anhand des Praxisbeispiels der Stadt Hildesheim wird die NiKo-Fachkraft einen Einblick in den Projektverlauf und die bisher gewonnenen Erkenntnisse in Bezug auf das Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule vor Ort geben. Das NiKo-Projekt der Stadt Hildesheim zeichnet sich insbesondere durch die enge Verzahnung mit dem Programm „Soziale Stadt“ und der örtlichen Jugendhilfeplanung aus.

Des Weiteren werden erste Evaluationsergebnisse vorgestellt und über die weitere Entwicklung zu Vorhaben im o.g. Themenfeld informiert.

Moderation: Frau Susanne Keuntje
Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, Hannover

Referent: Frau Anke Boes
Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, Hannover

Datum: 24.09.2009

Zeit: 13.30–15.30 Uhr

1.3 Zukunft der Jugendarbeit in den Kreisjugendämtern

In den Kreisjugendämtern nimmt die Kreisjugendpflege eine wichtige Steuerungsberatungs- und Qualifikationsfunktion im Rahmen der kommunalen Jugendarbeit wahr. Diese sind sowohl für die Kreisjugendämter sowie auch für die kreisangehörigen Gemeinden ohne Jugendamt und für die dort lebenden Kinder und Jugendlichen von großer Bedeutung.

Die Aufgaben- und Funktionsbestimmung der Kreisjugendpfleger haben in den letzten 15 Jahren weder relevante gesetzliche noch konzeptionell fundierte Änderungen erfahren. Gleichwohl hat sich das Arbeitsfeld in vielen Aspekten gewandelt.

Die veränderten Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen, die demographische Entwicklung, der neue Stellenwert von Bildung und Lebensbewältigung sowie neue fachliche Anforderungen, wie zum Beispiel der besondere Kinderschutz und die Partizipationsaspekte der NGO beschreiben u.a. die neuen Aufgabenfelder der kommunalen Jugendarbeit in den Kreisjugendämtern.

Herr Prof. Dr. Werner Lindner wird thesenartig ein neues Aufgabenprofil der Kreisjugendpflege auf der Grundlage eines Evaluationsprojektes zur Qualität der Kreisjugendreferate in Baden-Württemberg beschreiben. Auch die von Niedersächsischen Jugendpflegerinnen und Jugendpflegern erarbeiteten „Fachlichen Empfehlungen“ (2008) fließen in die Diskussion des Workshops mit ein.

Moderation: Herr Klaus Bange, Landkreis Hildesheim, Fachdienst Familie und Sport

Referent: Herr Prof. Dr. Werner Lindner, Fachhochschule Jena

Datum: 24.09.2009

Zeit: 16.00–18.00 Uhr

1.4 „HALT – (Hart am Limit)“ Projektvorstellung eines Bundesprojektes zur Alkoholprävention in der Region Hannover

Vorgestellt wird ein Präventions- und Frühinterventionsprogramm im Alkoholbereich, mit dem das Ziel verfolgt wird, dem exzessiven Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen zu begegnen .

Es werden die verschiedenen Säulen des Projekts, sowie sie in der Region Hannover Anwendung finden, präsentiert und erste Projektergebnisse sowie die Formen von Kooperation und Zusammenarbeit mit den Kliniken, Krankenkassen und Beratungsstellen vorgestellt.

Kleine Übungen lockern die Präsentation auf.

Moderation: Herr Jörg Aschemann,
Stadt Hildesheim, Fachbereich Jugend, Schule und Sport

Referent: Frau Helga Wienecke

Datum: 25.09.2009

Zeit: 9.00–10.30 Uhr

1.5 Anforderungen einer sozialräumlichorientierten Jugendhilfe an die Kommunale Jugendarbeit

Die Einführung der Sozialraumorientierung als Arbeitsprinzip bei den Hilfen zur Erziehung führt zu großen Veränderungen, die auch Auswirkungen für die kommunale Jugendarbeit haben.

In dem Workshop wird die Bedeutung der Sozialraumorientierung für die Jugendarbeit dargestellt. Die Chancen, Möglichkeiten und Anforderungen der Jugendarbeit im Kontext der Sozialraumorientierung werden diskutiert.

In zwei Impulsreferaten werden die Teilnehmer auf das Thema vorbereitet. Anschließend werden in einem Diskurs die Positionen der Jugendarbeit herausgearbeitet.

Moderation: Herr Gotthard Schnarr, Landkreis Hildesheim

Referent: Herr Prof. Dr. Wolfgang Schröer, Universität Hildesheim
Frau Prof. Dr. Christa Paulini, HAWK Hildesheim

Datum: 25.09.2009

Zeit: 9.00–10.30 Uhr

1.6 Auf dem Weg zur beispielbaren Stadt (Spielen – Leiten – Planen)

Inhalt: „Beispielbare Stadt“ -Erste Projekte - Erfahrungen mit der Einführung der Spielleitplanung im Stadtteil Bremen-Schwachhausen.

Spiel und Bewegung im öffentlichen Raum bedeutet, dass eine an den Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientierte Stadtentwicklung und Stadtgestaltung die gesamte Stadt/den Stadtteil – vom Hauseingangsbereich bis zum Stadtzentrum, von dort zu vorhandenen Brachflächen – als nutzbaren Spiel – und Aufenthaltsraum einbezieht.

Zielsetzung für die Zukunft ist:

Keine Spielraumgestaltung ohne Beteiligung von Kindern und Jugendlichen!

Gemeinsam Verantwortung übernehmen mit Kindern und Jugendlichen

Methode: Vortrag mit anschließender Diskussion

Ziel: Weitergabe von Erfahrungen /Anregungen an andere Städte/Kommunen, die Interesse an einer kinderfreundlichen und sozialraumbezogenen Gestaltung von Außenräumen haben. Austausch über fördernde und bremsende Faktoren.

Moderation: Frau Irmgard Nolte, Servicebüro „Für ein kindgerechtes Deutschland“, Köln

Referent: Frau Tamara Duffner-Hüls, Amt für Soziale Dienste (AfSD), Bremen

Datum: 25.09.2009

Zeit: 9.00–10.30 Uhr

2. JUGENDSOZIALARBEIT

2.1 Schulsozialarbeit und ihre Qualitätsstandards

Die Schulsozialarbeit in Niedersachsen ist schon eine Weile aus den Kinderschuhen herausgewachsen. An Gesamtschulen schon länger etabliert und in unterschiedlichsten Formen an allgemeinen und berufsbildenden Schulen seit einigen Jahren installiert, zeigen sich unterschiedliche Ausprägungen. Schulsozialarbeit ist zudem als historisch jüngste und intensivste Form der Kooperation von Jugendhilfe und Schule zu einem wichtigen Bestandteil einer modernen Jugendhilfe geworden. Die inhaltlichen Varianten sozialer Arbeit in Schulen sind von vielfältigen Faktoren abhängig wie z.B. der finanziellen Kontinuität und damit auch einer personellen und inhaltlichen Langzeitplanung, der Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte, der örtlichen Rahmenbedingungen und den Projektvorhaben und umfeldspezifischen Aufgaben innerhalb der jeweiligen Schulen.

Der Workshop möchte einen allgemeinen Einstieg in das Thema „Schulsozialarbeit und ihre Qualitätsstandards“ geben. Dabei soll die Schulsozialarbeit sowohl aus Sicht einer Trägerschaft der Schule als auch einer Trägerschaft der Jugendhilfe betrachtet werden. Der Stand und die Entwicklung der Kooperationen von Jugendhilfe und Schule soll dabei ebenso Inhalt sein wie die Darstellung positiver und negativer Rahmenbedingungen, die für ein Gelingen oder Scheitern von Schulsozialarbeit bedeutsam oder verantwortlich sind.

Moderation: Herr Horst Josuttis

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Referent: Herr Jörn Hannemann, LAG Schulsozialarbeit Niedersachsen

Herr Horst Roselieb, Niedersächsisches Kultusministerium

Datum: 24.09.2009

Zeit: 13.30–15.30 Uhr

2.2 Vermeidung von Schulabsentismus – Aufgabe der Jugendhilfe!?

Als Einstieg in das Thema Schulabsentismus hält Herr Hans-Georg Weisleder, Leiter des Fachdienstes Jugend bei der Stadt Osnabrück, ein Input-Referat von rd. 30 Minuten.

Die Gruppe der jungen Menschen mit Unregelmäßigkeiten beim Schulbesuch bis hin zur Schulverweigerung wird nach Alter, Geschlecht, Schulformen, Gründen des Fehlens und Schnittmengen zur Jugendhilfe, z. B. Jugendgerichtshilfe, Sozialer Dienst, beschrieben.

Aus den Ergebnissen wird eine fachliche Zuständigkeit der Jugendhilfe bei der präventiven Vermeidung von Schuleschwänzen und für die sozialpädagogische Betreuung der Schulverweigerer/Innen in Abgrenzung zu ordnungspolitischen Verfahren postuliert. Voraussetzung für die Wahrnehmung entsprechender Aufgabenstellungen durch die Jugendhilfe ist jedoch, dass eine definierte Kooperation mit Schulen und Schulverwaltungen in den Kommunen entwickelt ist.

Abschließend stellt der Referent die Praxis in der Stadt Osnabrück vor. Im Rahmen eines von der Jugendhilfe, der Schulverwaltung und den Schulen entwickelten Konzeptes „Aktiv und präventiv gegen Schulabsentismus“ melden die Schulen die absenten Schüler/Innen nach verbindlichen Verabredungen und die Jugendsozialarbeit betreut die Kinder und Jugendlichen durch die Methoden des Case-Managements und der sozialen Gruppenarbeit sowie ambulant in Kooperation mit der Schulsozialarbeit.

Anschließend sind Möglichkeiten für Nachfragen und zur gemeinsamen Diskussion sollen den Workshop abrunden.

Moderation: Frau Anja Krause, Region Hannover, Fachbereich Jugend

Referent: Herr Hans-Georg Weisleder, Stadt Osnabrück, Fachdienst Jugend

Datum: 25.09.2009

Zeit: 9.00–10.30 Uhr

2.3 Jugendberufshilfe im Förderdschungel – Lokales Management am Übergang von der Schule in den Beruf

Junge Menschen müssen auf ihren Bildungswegen mehrere Übergänge meistern – viele von ihnen landen dabei nicht unmittelbar in einer Berufsausbildung, sondern zunächst im sog. Übergangssystem. Das Übergangssystem hat sich in den letzten Jahren am stärksten institutionalisiert und ausgedehnt. Die Angebote der Jugendberufshilfe stellen dabei einen erheblichen Teil des vielfältigen und teilweise undurchsichtigen Systems dar. Ein Hindernis für das Gelingen der Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung ist die Vielfalt von unterschiedlichen Zuständigkeiten im Übergangssystem, die zusätzlich auf unterschiedlichen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) angesiedelt sind. Diese Vielfalt von Zuständigkeiten und teilweise unterschiedlichen Fachverständnissen erschwert oder verhindert eine wirksame Abstimmung der Angebote. Daher ist es notwendig, Kooperationen und Abstimmungsprozesse der unterschiedlichen Akteure auf regionaler Ebene bestmöglich zu gestalten.

Der Workshop möchte einerseits einen allgemeinen Überblick über das Übergangssystem geben und die Entwicklungen des regionalen Übergangsmagements aufzeigen. Außerdem sollen die unterschiedlichen Positionen /Erwartungen der Akteure des SGB II, SGB III und SGB VIII betrachtet werden. Die Rolle, Profilierung und Abgrenzung der Jugendberufshilfe in diesem System soll dabei im Mittelpunkt stehen.

Moderation: Frau Anja Krause, Region Hannover, Fachbereich Jugend

Referent: Herr Dr. Gerhard Christe,
Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe

Datum: 24.09.2009

Zeit: 16.00–18.00 Uhr

3. TAGESBETREUUNG

3.1 O-Plan Bildung für Kinder unter 3 Jahren im Land Niedersachsen

Unter Federführung des Kultusministeriums mit wissenschaftlicher Begleitung der Fachhochschule Ostfriesland haben die Träger von Tageseinrichtungen für Kinder einen „Orientierungsplan Bildung für Kinder von 0 bis 3 Jahren“ entwickelt, der für die örtliche Ebene Orientierung für die Entwicklung der Angebote für die Kinder der Altersgruppe 0 bis 3 Jahre sein wird.

Dieser für das Land Niedersachsen erarbeitete „Orientierungsplan Bildung für 0- bis 3-Jährige“ wird seiner Zielsetzung und prozesshaften Entwicklung mit den unterschiedlichen Bildungsschwerpunkten vorgestellt und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erläutert.

Moderation: Herr Helmut Tolsdorf, Stadt Osnabrück, Fachb. f. Kinder, Jugendliche & Familie

Referent: Frau Dr. Monika Lütke Entrup, Niedersächsisches Kultusministerium
Herr Prof. Dr. G. Rocholl, Fachschule Emden

Datum: 24.09.2009

Zeit: 13.30–15.30 Uhr

3.2. Bildung in Bewegung - Was Kinder unter 3 Jahren brauchen

Frühkindliche Bildungsprozesse sind an die Eigenaktivität des Kindes gebunden, dabei spielen seine sinnlichen Erfahrungen und sein Bewegungshandeln eine wichtige Rolle. Bewegung ist der Motor und der Mittler des Lernens, sie ist eine Form der Weltaneignung, die dem Kind die Möglichkeit gibt, sich mit all seinen Sinnen mit der Umwelt auseinanderzusetzen und dabei vielfältige Ressourcen zu entwickeln.

In dem Vortrag wird die Beziehung zwischen Bewegungserfahrungen und elementaren Bildungsprozessen (Sprachentwicklung, emotional-soziale Kompetenzen, kognitive Entwicklung) aufgezeigt. Anschließend werden Konsequenzen für die Tagesbetreuung für Kinder diskutiert.

Moderation: Herr Helmut Tolsdorf,
Fachbereich für Kinder, Jugendliche und Familie der Stadt Osnabrück

Referent: Frau Prof. Dr. Renate Zimmer, Nieders. Institut für frühkindliche Bildung,
Universität Osnabrück

Datum: 24.09.2009

Zeit: 16.00–18.00 Uhr

3.3. Beispiele aus der Praxis zur gelungenen Umsetzung pädagogischer Konzepte für Kinder unter 3 Jahre

Die Umsetzung und Gestaltung von pädagogischen Angeboten und die Organisation differenzierter Bildungsprozesse in Tageseinrichtungen für Kinder für 0- und 3-Jährige sind Fragestellungen der Praxis im Alltag. Im Rahmen des Workshops werden visualisiert unterschiedliche Praxisbeispiele aus dem Arbeitsalltag von Tageseinrichtungen für Kinder dargestellt, erläutert und die Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung in den jeweiligen Praxisfeldern werden vor dem Hintergrund der erläuterten Praxisbeispiele diskutiert mit entsprechenden Schwerpunktbildungen.

Moderation: Herr Helmut Tolsdorf,
Fachbereich für Kinder, Jugendliche und Familie der Stadt Osnabrück
Referent: Frau Heide Tremel,
Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Niedersachsen und Bremen e.V.
Datum: 25.09.2009
Zeit: 9.00–10.30 Uhr

3.4 Familienzentren in Hannover

Information über die Entstehung und Hintergründe der Familienzentren an Kindertagesstätten in Hannover.

- Bedeutung für die Familien und die Kindertagesstätten
- Rolle der Fachverwaltung und Politik
- Ziel: Nachahmer gesucht

Vortrag und Diskussion

Moderation: Frau Hildegard Gerold
Referent: Herr Stefan Rauhaus,
Fachbereich Jugend und Familie, Landeshauptstadt Hannover
Datum: 24.09.2009
Zeit: 13.30–15.30 Uhr

3.5 Von der Kindertagesstätte zum Familienzentrum - Einblicke in eine bundesweite Entwicklung

Die Auswirkungen gesellschaftlicher Wandlungsprozesse auf Familien stellen auch die Tageseinrichtungen für Kinder vor erweiterte Aufgaben; vor diesem Hintergrund haben Einrichtungen, Träger und politisch Verantwortliche die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren auf vielfältige Weise angeregt und gefördert.

Im Einstiegsvortrag werden Hintergründe, Entwicklungslinien und Konzeptionen erläutert; in der anschließenden Diskussion können aus der Perspektive des Praxisfeldes Rahmenbedingungen, konzeptionelle Schwerpunkte und die Unterschiede als auch die Gemeinsamkeiten von Kitas und Familienzentren vertieft werden.

Moderation: Frau Hildegard Gerold

Referent: Frau Angelika Diller, Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Datum: 25.09.2009

Zeit: 9.00–10.30 Uhr

3.6 Horte und Schulen „Individuelle Förderung in ganztägig organisierten Schulformen des Primarbereichs“

Der Vortrag „Individuelle Förderung in ganztägig organisierten Schulformen des Primarbereichs“ vermittelt die Ergebnisse der multiperspektivisch angelegten DJI-Studie des Deutschen Jugendinstituts zur Umsetzung individueller Förderangebote im Ganzttag in den 3. und 4. Jahrgangsstufen. Dabei werden die Perspektiven von Schülern, Eltern, Lehr- und pädagogischen Fachkräften in die Darstellung einbezogen und kontrastiert.

Die praktische Umsetzung individueller Förderung wird zum einen im Hinblick auf die schulischen Bedingungen in der Kombination von Unterricht, Förderunterricht, Hausaufgabenbetreuung und freiem Angebot beleuchtet. Zum anderen stellen veränderte Leistungsanforderungen und Erwartungsstrukturen im Bezug auf den bevorstehenden Übertritt in die Sekundarstufe I für die Realisierung individueller Förderung in der Grundschule einen bedeutsamen bedingenden Aspekt dar.

Moderation: N.N.

Referent: Frau Dr. Elke Kaufmann

Datum: 24.09.2009

Zeit: 16.00–18.00 Uhr

3.7 Horte und Schulen

„Schulkinderbetreuung in Ganztagsbetreuung – von den Pflichten bis zur Kür“

- Erziehung, Bildung und Betreuung unter einem Dach,
- Verzahnung von unterrichtlichem und außerschulischem Lernen
- Schulträger und Jugendhilfeträger auf Augenhöhe in der Erarbeitung einer aufeinander abgestimmten Angebotspalette für Kinder im Grundschulalter.

Wie kann dies gelingen ?

Drei Niedersächsische Modelle präsentieren ihre Angebotspalette im Rahmen der offenen Ganztagschulen. Nach einem einführenden Überblick bietet die Veranstaltung Möglichkeiten zur Erörterung von Fragen zur Umsetzung und zu den zu bewältigenden Hürden.

Moderation: Herr Dirk Schröder

Referent: Herr Jürgen Neubert, Braunschweig, Frau Iris Bothe, Wolfsburg
Frau Kerstin Oehl, Celle, Frau Christiane Reckmann, Nieders. Kultusministerium

Datum: 25.09.2009

Zeit: 9.00–10.30 Uhr

3.8 Qualität und Weiterentwicklung der Kindertagespflege als Baustein der Versorgung mit Angeboten der Tagesbetreuung für Kinder

Mit dem Landesprogramm „Familie hat Zukunft“ sind wesentliche Impulse zur qualitativen und quantitativen Weiterentwicklung der Kindertagespflege gesetzt worden. Besonders die Familien- und Kinderservicebüros mit der Bündelung von Aufgaben der Tagesbetreuung bilden in unterschiedlichen Ausprägungen das örtliche Rückgrat zur Gestaltung der Kindertagespflege. Am Beispiel des Ausbaus, der Organisation und der Schwerpunktsetzung des Familien- und Kinderservicebüros der Stadt Osnabrück werden die Rahmenbedingungen für Struktur, Prozessqualität und deren Weiterentwicklung vorgestellt und im Workshop diskutiert.

Moderation: Frau Kerstin Schlüter

Referent: Frau Marlis Lamping, Kinder und Familienservicebüro der Stadt Osnabrück und gemeinsam mit Bildungsträgern

Datum: 24.09.2009

Zeit: 13.30–15.30 Uhr

4. KOMMUNALE BILDUNGSLANDSCHAFTEN

4.1 Erfordernisse und Anforderungen an eine gemeinsame Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung

Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung befinden sich in einer ambivalenten Situation, wenn Forderungen und Möglichkeiten zu ihrer Verknüpfung erörtert werden. Einerseits liegt angesichts der Debatten um „Jugendhilfe – Schule“ die Forderung nach einer stärkeren Verknüpfung auf der Hand, weil Planung hier als Modus eingesetzt werden kann, um die Ansatzpunkte für eine verbesserte Kooperation zu finden und zu fördern. Andererseits haben beide Planungsbereiche vor dem Hintergrund unterschiedlicher Anforderungen ihre jeweils unterschiedlichen Planungslogiken und Planungsmethoden entwickelt. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Planungslogiken und der jeweils unterschiedlichen Einordnung in die kommunale Administration sollen Überlegungen angestellt werden, welche Formen der Verknüpfung realistisch sein könnten, mit welchen Hindernissen zu rechnen ist und welche Ansatzpunkte zum Umgang mit diesen Hindernissen entwickelt werden können.

Moderation: Frau Lore Puntigam, Stadt Oldenburg
Referent: Herr Prof. Dr. Joachim Merchel, Fachhochschule Münster
Datum: 24.09.2009
Zeit: 16.00–18.00 Uhr

4.2 Lokale Bildungslandschaften

Der Einführungsvortrag „Lokale Bildungslandschaften“ skizziert Dimensionen, Handlungsfelder, erste Schritte, und Gelingensbedingungen der lokalen Vernetzung von Institutionen im Gesamtbereich Bildung, Erziehung und Betreuung. Neben den nur überblicksmäßig behandelten Dimensionen „Planung“ und „Fortbildung“ werden die weiteren Dimensionen „Zivilgesellschaftliche Vernetzung“ und „Subjektive Aneignung des sozialen (Bildungs-) Raumes“ näher beleuchtet. Den Fokus des Vortrags und der zugrunde liegenden empirischen Begleitforschung des Deutschen Jugendinstitutes bildet dabei die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen im Schulalter.

Moderation: Herr Christoph Honisch, Fachb. Jugend und Familie, Landeshauptstadt Hannover
Referent: Herr Dr. Stolz
Datum: 24.09.2009
Zeit: 13.30–15.30 Uhr

5 HILFE ZUR ERZIEHUNG

5.1 Weiterentwicklung der Vollzeitpflege in Niedersachsen – Vorstellung und Diskussion der Anregungen und Empfehlungen für die niedersächsischen Jugendämter

Zum Zeitpunkt der AGJÄ-Tagung sind die Anregungen und Empfehlungen für die niedersächsischen Jugendämter zur Vollzeitpflege ca. sechs Monate veröffentlicht. Sie enthalten Struktur- und Standardvorschläge zu allen Bereichen der Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege sowie ausführliche Materialien für die inhaltliche Arbeit mit Pflegekindern und Pflegefamilien.

Im Workshop sollen erste Erfahrungen der Praktikerinnen und Praktiker mit der Umsetzung der Anregungen und Empfehlungen diskutiert und weitere Perspektiven für die Bearbeitung der Thematik erarbeitet werden.

Aufgrund des Veranstaltungscharakters können höchstens zwei Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter pro Jugendamt teilnehmen.

Am Donnerstag finden beide Workshops mit einer festen Gruppe statt.

Am Freitag werden dann die Arbeitsergebnisse des ersten Tages mit einer weiteren Gruppe vertieft.

Die Teilnehmerzahl pro Workshop ist auf 30 Teilnehmerinnen/Teilnehmer begrenzt.

Moderation: Herr Joachim Glaum,
Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie & Gesundheit
Frau Anke Kuhls, Landkreis Goslar

Referent: Herr Prof. Dr. Jürgen Blandow, Bremen

Datum:	24.09.2009	Workshop 1	Workshop 2
Zeit:		13.30–15.30 Uhr	16.00–18.00 Uhr

Datum:	25.09.2009	Workshop 3
Zeit:		9.00–10.30 Uhr

5.2 Personalentwicklung und Personalausstattung im Allgemeinen Sozialdienst Darstellung der Ergebnisse der integrierten Berichterstattung Niedersachsen und der Organisationsuntersuchung des ambulanten Sozialdienstes Bremen

Die Personalausstattung der kommunalen Jugendämter steht schon seit vielen Jahren im Mittelpunkt der fachpolitischen Debatten in der Kinder- und Jugendhilfe, die sich immer zwischen den Polen der „Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit“ einerseits und der Sicherstellung der notwendigen Jugendhilfeleistungen andererseits bewegt. Die Thematik hat im zurückliegenden Jahr zusätzliche Brisanz durch eine Diskussion über die Reichweite dieses Schutzauftrages der kommunalen Jugendämter erhalten, also der tatsächlichen Sicherstellung der mit dem staatlichen Wächteramt verbundenen Aufgaben.

Im Rahmen des Workshops werden zwei Ansätze der Personalbedarfsbemessung vorgestellt und diskutiert. Dabei handelt es sich einmal um den Ansatz im Rahmen der Integrierten Berichterstattung in Niedersachsen (Gebit) sowie um die Untersuchung zu den fachlichen Leistungsstandards in der Hansestadt Bremen (INSO). Im Mittelpunkt steht die Frage nach einem geeigneten und übertragbaren Konzept zur Personalbedarfsbemessung für den Allgemeinen Sozialdienst.

Moderation: Herr Dr. Frank Lammerding, Jugendamtsleiter der Stadt Oldenburg
Referent: Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Meyer (Gebit) und Herr Marco Szlapka (INSO)
Datum: 24.09.2009
Zeit: 16.00–18.00 Uhr

5.3 Wirksamkeit erzieherischer Hilfen

Darstellung der derzeitigen Forschungsergebnisse durch die Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. (GISS)
Entwicklung von weiteren Forschungsansätzen für die AGJÄ

Im ersten Teil der Veranstaltung wird anhand von zwei in der GISS durchgeführten Projekten in die Problematik der Wirkungsanalyse eingeführt. Hier wird gezeigt, welche Schritte notwendig sind, um der Frage der Feststellung einer Wirkung gerecht zu werden.

Im zweiten Teil wird ein aktuell laufendes Projekt einer „externen wirkungsorientierten Selbstevaluation“ im Landkreis Osnabrück vorgestellt.

Es handelt sich bei der Veranstaltung um einen Vortrag mit Diskussion. Die Teilnehmerzahl ist daher nicht begrenzt.

Referent: Herr Dr. Christian Erzberger,
Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V.
Datum: 25.09.2009
Zeit: 9.00–10.30 Uhr

5.4 Regelungen zum Kinderschutz durch die Träger der öffentl. Jugendhilfe

Auf Anregung des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter Niedersachsen und Bremen hat sich eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertreter einzelner Jugendämter unter wissenschaftlicher Begleitung des Institutes für Soziale Arbeit e.V. gegründet, um Empfehlungen für die Regelungen zum Kinderschutz zu erarbeiten.

Die bestehenden Regelungen aus 23 Jugendämtern wurden ausgewertet und im Rahmen des Workshops werden die Empfehlungen vorgestellt und die Region Hannover und der Landkreis Rotenburg (Wümme) werden ihre Verfahrensregelungen und die Auswirkungen darstellen.

Moderation: Dr. Erwin Jordan, Institut für Soziale Arbeit e.V.
Referent: Vertreter/-innen der Landeshauptstadt Hannover und Region Hannover und des Landkreises Rotenburg (Wümme)
Datum: 24.09.2009
Zeit: 13.30–15.30 Uhr

5.5 Bundesmodellprojekt „wirkungsorientierte Jugendhilfe“ Braunschweiger Erfahrungswerte zu mehr oder weniger gut geeigneten „Wirkungen“ in der Jugendhilfe – Ein Rückblick auf Erfahrungswerte aus drei Projektjahren

1. Kurzvorträge zu nachfolgenden Themenschwerpunkten:
(jeweils aus Sicht des öffentlichen und freien Jugendhilfeträgers)
 - Steigerung der Wirkung versus Messbarkeit jugendhilflicher Wirkung
 - Institutionelle, methodische und personelle Voraussetzungen geglückter Wirkungsoptimierung
 - Familienbezogene Angebotsvielfalt als Wirkverstärker, am Beispiel der Bemächtigung von AdressatInnen im Verfahren Verwandtschaftsrat
2. Expertendiskussion im Plenum zu der Frage:
Ist die Jugendhilfe „schon“ bereit für eine adressatenbezogene Leistungsausgestaltung?

Moderation: Herr Norbert Winkler,

Leiter Fachbereich Kinder, Jugend u. Familie, Stadt Braunschweig

Referent: Herr Martin Albinus, Abtl. Leiter Allg. Erziehungshilfe, Stadt Braunschweig

Herr Christoph Lampe, Leiter Remenhof-Stiftung Braunschweig

Datum: 24.09.2009

Zeit: 13.30–15.30 Uhr

5.6 Qualitätssicherung im Kinderschutz Erreichte Standards und aktuelle Entwicklungen

Dargestellt und diskutiert werden sollte im Rahmen dieses Forums der bislang erreichte Stand der Qualitätsentwicklung in der kommunalen Kinderschutzarbeit (Bezugsrahmen: Aus Fehlern lernen – Bundesmodellprogramm). Vor diesem Hintergrund wären dann auch die Impulse einzuordnen, die von der Bundesgesetzgebung (Bundeskinderschutzgesetz) bzw. von Initiativen des Landes Niedersachsen gesetzt wurden bzw. werden sollen.

Es geht in dem Workshop daher darum, die aktuellen bundes- und landespolitischen Entwicklungen im Rahmen des Kinderschutzes zu erörtern und für die Praxis zu bewerten.

Moderation: Herr Dr. Erwin Jordan, Institut für Soziale Arbeit e.V.
Referent: N.N.
Datum: 24.09.2009
Zeit: 16.00–18.00 Uhr

5.7 Qualitätsentwicklung im Kinderschutz Stand der Umsetzung des Handlungskonzeptes Kindeswohl in der Stadt Bremen

Auf der Grundlage des von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales im Januar 2007 vorgelegten Eckpunktepapier „Kindeswohl hat Vorrang, Handlungsrahmen zur Verbesserung der Jugendhilfe zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Miss-handlung in Bremen“ und der anschließenden Senatspresseerklärung durch den Bürgermeister und die Senatorin wurde der Öffentlichkeit der Handlungsrahmen des Senats sowie ein konkretes Maßnahmenpaket des Ressorts zur Verbesserung des Kinderschutzes und der Prä-vention vorgestellt.

Im Rahmen des Workshops sollen die in diesem Zusammenhang durch das Amt für Soziale Dienste eingeleiteten Maßnahmen und der Stand der Entwicklung erläutert werden.

Insbesondere soll auf die Inhalte der Qualifizierungsmaßnahmen und auf die Entwicklung von Qualitätsstandards in der Zusammenarbeit im Kinderschutz eingegangen werden.

Moderation: Frau Gabriele Schoppe, Amt für Soziale Dienste Bremen
Referent: Frau Dr. Remi Storck, Kronberger Kreis für Qualitätsentwicklung e.V.
Herr Herbert Holakovsky, Amt für Soziale Dienste Bremen
Datum: 25.09.2009
Zeit: 9.00–10.30 Uhr

6. KINDSCHAFTSRECHT/ KINDESUNTERHALT

6.1 Wege in der Vormundschaft - Kann die Vereinsvormundschaft die Amtsvormundschaft entlasten?

- Anerkennungs Voraussetzungen
- Qualitätsstandards
- Finanzierung

Vortrag mit Diskussion

Darstellung der Vereinsvormundschaft am Beispiel München; Anerkennungs Voraussetzungen des Bayerischen Landesjugendamts für vormundschaftsführende Vereine; Qualitätsstandards in der Organisation und praktischen Arbeit der Vereine; Kooperation mit dem Stadtjugendamt München; Finanzierungsfragen.

Moderation: Frau Constanze Sickfeld, Landkreis Hildesheim
Herr Wolfgang Kiaulehn, Landkreis Helmstedt

Referent: Frau Edda Elmayer, Kath. Jugendfürsorge der Erzdiözese München und Freising e.V., Leiterin der Abteilung VM/BT

Datum: 24.09.2009

Zeit: 13.30–15.30 Uhr

6.2 Qualitätskriterien und Kennzahlen in der Beistandschaft

Die Arbeitsqualität in der Beistandschaft beschreiben – kann das gelingen? Gibt es allgemeingültige Standards für die Beistandschaft, die in Form von Kennzahlen erhoben, dargestellt und kontrolliert werden können? Sind diese Kennzahlen auch für interkommunale Vergleiche geeignet?

Das mit der Zeitschrift „Das Jugendamt“ 3/09 vorgelegte Diskussionspapier soll in diesem Workshop vorgestellt und diskutiert werden. Der Referent hat an der Erarbeitung des Diskussionspapiers mitgearbeitet und führt mit Ihnen die fachliche Diskussion.

Der Workshop richtet sich an Leitungskräfte und Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in der Beistandschaft.

Moderation: Herr Wolfgang Kiaulehn, Landkreis Helmstedt

Referent: Herr Hans Happel, Jugendamt des Landkreises Gießen,
Mitglied der Arbeitsgruppe im DIJUF

Datum: 24.09.2009

Zeit: 13.30–15.30 Uhr

6.3 Gewinnung von Ehrenamtlichen als Vormund für Kinder und Jugendliche

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch besteht ein Vorrang von Einzelvormundschaften gegenüber Amtsvormundschaften. In der Stadt Bremen war der Einsatz von Einzelvormündern jedoch lange von eher untergeordneter Bedeutung, es sind überwiegend Amtsvormundschaften eingerichtet worden.

Im Jahr 2007 ist daher das Modellprojekt „ProCuraKids“ initiiert worden, das im ersten Schritt für Vormundschaften geeignete Personen geworben, ausgewählt und geschult hat. Im zweiten Schritt werden anhand eines Kriterienkatalogs Bestandsfälle an Einzelvormünder übertragen; zudem wird bei künftigen Sorgerechtsentzügen der Einsatz eines Einzelvormundes geprüft.

In diesem Workshop werden Konzept und Verlauf des Modellprojektes sowie bisherige Erfahrungen, Erfolge, Reibungsverluste und Einschränkungen zur Diskussion gestellt.

Moderation: Frau Monika Frank, Amt für Soziale Dienste Bremen

Referent: Frau Dagmar Theilkuhl und Frau Sylvia Pregitzer
Modellprojekt „ProCuraKids“, DRK Kreisverband Bremen
Herr Siegfried Essmann und Frau Hella Mechlem,
Amt für Soziale Dienst, Bremen

Datum: 24.09.2009

Zeit: 16.00–18.00 Uhr

7. JUGENDGERICHTSHILFE

7.1 IBN – Jugendgerichtshilfe Darstellung der Ziele und Kennzahlen zur Jugendgerichtshilfe

Im Rahmen der Integrierten Berichterstattung Niedersachsen wurden ab dem Jahr 2007 unter Beteiligung der Jugendgerichtshilfe in Niedersachsen Ziele und Kennzahlen für diesen Bereich entwickelt. Damit liegen erstmals und bislang bundesweit einmalig auch gemeinsame Ziele und Kennzahlen für diesen Bereich vor.

Seit 2008 werden, wenn auch nicht flächendeckend, entsprechende Zahlen in das System IBN eingepflegt.

Damit besteht grundsätzlich die Möglichkeit eines fachlichen Vergleichs der Jugendgerichtshilfen in den Niedersächsischen Jugendämtern und damit auch die Chance, miteinander in einen fachlichen Diskurs und eine Qualitätsentwicklung einzutreten.

In dem Workshop sollen

- die Ziele und Kennzahlen dargestellt und fachlich erörtert
- gemeinsam eine Struktur für den fachlichen Austausch angedacht werden.

Moderation: Herr Dr. Dirk Härdrich, Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie

Referent: Frau Elke Bruckner, GEBIT

Datum: 24.09.2009

Zeit: 16.00–18.00 Uhr

7.2 Brauchen wir ein 3. JGGÄndG zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Justiz und Jugendhilfe?

Ausgehend von dem Beschluss der Justizministerkonferenz vom Juni 2007 bereitet das Bundesjustizministerium gegenwärtig ein „3. JGG-Änderungsgesetz“ vor, das eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe/JGH und Justiz zum Ziel hat.

Zu den diskutierten Änderungen gehören:

- Einführung einer allgemeinen Kooperationsverpflichtung für Justiz und Jugendhilfen
- Einführung einer Kompetenz des Jugendgerichts zur Feststellung des Hilfebedarfs i.S. von § 27 SGB VIII,
- Grundsätzliche Verpflichtung des Jugendamtes zur Teilnahme an der Hauptverhandlung
- Verbindlichere Vorgaben für Qualifikation und Fortbildung der Jugendrichter u. -staatsanwälte,
- Einführung einer Konfliktschlichtungsleistung in das SGB VIII,
- Differenzierung zwischen sozialpädagogisch begleiteten Arbeitsleistungen (Weisungen) und sonstigen Arbeitsleistungen (Auflage),
- Verpflichtung des Jugendamtes, im Auftrag (und auf Kosten) der Justiz, TOA als Teil der Konfliktschlichtung und die Vermittlung von Arbeitsauflagen durchzuführen.
In der Arbeitsgruppe soll sich über Notwendigkeit und erweiterte Handlungsbedarfe verständigt werden.

Moderation: Herr Bernd Rein, Landesjugendamt Bremen

Referent: Herr Jochen Goerdeler, Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Datum: 24.09.2009

Zeit: 13.30–15.00 Uhr

8. FÖRDERUNG DER ERZIEHUNG IN DER FAMILIE

8.1 Patenprojekt für Kinder psychisch kranker Eltern (Praxisbeispiele aus dem Landkreis Wolfenbüttel)

Vortrag mit Diskussion

Vorgestellt wird ein präventiv ansetzendes Hilfsangebot für Kinder psychisch kranker Eltern von Erziehungsberatung und Allgemeinem Sozialen Dienst aus dem Landkreis Wolfenbüttel. Die betroffenen Kinder werden durch Patinnen und Paten begleitet und unterstützt, damit sie trotz der elterlichen Erkrankung altersentsprechend an Bildung und Freizeit teilhaben können.

Die Patinnen und Paten werden im Vorfeld geschult (Information zu psychischen Krankheitsbildern, Verhalten gegenüber dem Kind und gegenüber dem Elternteil) und verpflichten sich zu regelmäßigen Treffen mit dem Kind. Sie werden fortlaufend von der Erziehungsberatung supervidiert.

Ziel des Projekts ist es, die Kinder soweit zu stabilisieren, dass Fremdunterbringung, insbesondere während akuter Krankheitsphasen, vermieden werden kann.

- Moderation:** Frau Doris Kahlert,
Landesarbeitsgemeinschaft Niedersachsen der Bundeskonferenz für Erziehung bke
- Referent:** Frau Ursula Biermann und Frau Franziska Lindhorst
Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche des Landkreises Wolfenbüttel
- Datum:** 24.09.2009
- Zeit:** 13.30–15.30 Uhr

8.2 SAFE Sichere Ausbildung für Eltern (Praxisbeispiele aus dem Landkreis Cuxhaven)

Das Projekt „SAFE – Sichere Ausbildung für Eltern“ ist ein Trainingsprogramm zur Förderung einer sicheren Bindung zwischen Eltern und Kind.

Durch die Teilnahme an SAFE soll es werdenden Eltern ermöglicht werden, die emotionalen Bedürfnisse ihrer Kinder - insbesondere im Hinblick auf die Bindungsentwicklung - besser wahrzunehmen und durch feinfühliges Interaktionsverhalten diese zu fördern.

SAFE beginnt bereits pränatal und kombiniert gruppentherapeutische und individualtherapeutische Elemente.

Im Workshop werden neben der Vorstellung des Trainingsprogramms praktische Einblicke in die Arbeit gegeben. Ein Austausch über bisherige Erfahrungen und die Realisierung in der Praxis ist ausdrücklich erwünscht.

Moderation: Frau Doris Kahlert,

Landesarbeitsgemeinschaft Niedersachsen der Bundeskonferenz für Erziehung bke

Referent: Frau Ute Schwichtenberg - Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern
des Landkreises Cuxhaven in Bremerhaven

Frau Astrid Härtel, Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern des
Landkreises Cuxhaven in Otterndorf

Datum: 24.09.2009

Zeit: 16.00–18.00 Uhr

8.3 Familien- und Kinderservicebüro - (auch) Drehscheibe für frühe Hilfen

Familienpolitik ist als Querschnittspolitik darauf gerichtet, Familien strukturell bedarfs- und situationsgerecht zu unterstützen und unter anderem die soziale Infrastruktur sowie auch die Kompetenz der Familienmitglieder weiterzuentwickeln.

Zeitgemäße Familienpolitik orientiert sich an sozialer Wirklichkeit, sie achtet und anerkennt die besonderen Leistungen von Familien und berücksichtigt zugleich die sich aus gesellschaftlichen Veränderungen ergebenden Bedingungen und Grenzen.

Dabei geht es neben Verbesserungen der materiellen Situation von Familien, um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Beruf, um eine Weiterentwicklung bei familienunterstützenden Dienstleistungen und auch um niedrigschwellige Angebote von Elternbildung und Familienberatung.

Familienpolitik will die Familien stärken, damit Kinder gesund und wohlbehalten aufwachsen und damit sie stark werden, um Chancen auch in risikobehafteten Lebenssituationen zu nutzen und als selbstbestimmte Menschen auch fähig und bereit sind, neue familiäre Bindungen einzugehen. Insofern besteht in weiten Teilen eine Übereinstimmung der Ziele zwischen Familien- und Kinder- und Jugendhilfepolitik.

Was leisten auf diesem Hintergrund die Familien- und Kinderservicebüros? Ein zeit- und bedarfsgerechtes Konzept von familienunterstützenden Dienstleistungen können hier auch niedrigschwellige präventive Ansätze sein. In Niedersachsen haben wir im Rahmen des Landesprogramms Familien-mit-Zukunft viele Beispiele guter Praxis bei den kommunalen Familien- und Kinderservicebüros, deren Arbeit wir ausgewertet haben. Frühe Hilfen als Serviceangebot für Familien sind Bestandteil einer familienfreundlichen Infrastruktur und können sich zum Standortvorteil für Kommunen entwickeln. Anhand von zwei sehr gelungenen Beispielen können wir einen Einblick präsentieren und diskutieren.

Familien- und Kinderservicebüro - (auch) Drehscheibe für frühe Hilfen

Moderation: N.N.

Referent: Frau Christa Frenzel, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Frau Cornelia Papen, Familien- und Kinderservicebüro, Landkreis Friesland,
Frau Andrea Reimer, Familienbüro Hildesheim

Datum: 25.09.2009

Zeit: 9.00–10.30 Uhr

9. ZUSAMMENARBEIT JUGEND- UND GESUNDHEITSHILFE

9.1 „PIAF“ – ein Präventionsprojekt der Früherkennung und Förderung im Kindergarten im Landkreis Hildesheim

„Wer Hänchen frühzeitig kennen lernt und unterstützt, erspart sich den späten Johannes“ gibt verballhornt die Intention eines Projektes wieder, das Ende 2006 gemeinsam vom Kinder- und Jugendgesundheitsdienst und der Erziehungsberatungsstelle in den Kindertagesstätten einer Region des Landkreises gestartet wurde.

Primäres Ziel des Projektes war und ist es, in Kooperation mit Eltern und Kita- Mitarbeiterinnen den Entwicklungsstand **aller** vierjährigen Kinder dieser Region in den relevanten Entwicklungsbereichen zu erfassen und im Bedarfsfall umgehend Unterstützungen zu vereinbaren.

Sekundär, aber keineswegs zweitwichtig sind der Aufbau bzw. die Veränderung von Zusammenarbeitsformen der Parallel-Gesellschaften Jugend- und Gesundheitshilfe als Ziele und Inhalt hinzugekommen.

Im Rahmen des Workshops sollen die Inhalte, Ab- und Verläufe sowie erste Ergebnisse dieses Projektes dargestellt und diskutiert werden - Anregungen wie auch Nachahmung sind erwünscht.

Moderation: Frau Iris Schmidtman, Landkreis Hildesheim
Referent: Herr Paul Wolpers, Landkreis Hildesheim
Datum: 24.09.2009
Zeit: 9.00–10.30 Uhr

9.2 Fit für die Schule – Bewegung, Ernährung, Sprache

Das Projekt „Fit für die Schule“ wurde über drei Jahre an Wolfsburger Kindertagesstätten durchgeführt. Kinder wurden in den Bereichen Bewegung, Ernährung und Sprache gefördert, um den Übergang in die Schule gut bewältigen zu können. Ihre Eltern waren von Beginn an in die Projektarbeit einbezogen.

Fachleute aus der Jugendhilfe, aus Gesundheitsamt und von externen Anbietern der Gesundheitsförderung haben sich auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt. Schulungen im Bereich Nahrungskunde, Psychomotorik und Sprachentwicklung haben die Angebote in der Kindertagesstätte erweitert und nachhaltig verbessert.

Die Ergebnisse nach drei Projektjahren werden vorgestellt, mögliche Perspektiven für die Ausweitung der Projektidee in anderen Kindertagesstätten diskutiert. Ein Austausch über ähnliche Erfahrungsfelder ist sehr erwünscht.

Moderation: Frau Carola Kirsch, Stadt Wolfsburg

Referent: Frau Helena Chamardjuk, Zentrum Kita-Fachberatung, Wolfsburg
Frau Doris Kahlert, Erziehungsberatung Wolfsburg

Datum: 24.09.2009

Zeit: 13.30–15.30 Uhr

9.3 Kooperation und Netzwerkarbeit zwischen der Jugendhilfe und der Gesundheitshilfe

Die Koordinierungszentren Kinderschutz (Kommunale Netzwerke Frühe Hilfen) in Niedersachsen stellen sich vor

Es werden im Rahmen dieses Workshops die Ergebnisse im Hinblick auf veränderte Verfahren in der Kooperation zwischen der Kinder- und Jugendhilfe und der Gesundheitshilfe vorgestellt. Die Ergebnisse sind praxisbezogen erprobt und haben in den Koordinierungszentren unterschiedliche fachliche Schwerpunkte.

Moderation: Frau Petra Bremke-Metscher, Stadt Oldenburg

Referent: Frau Claudia Weigel, Region Hannover
Frau Brigitte Rieckmann und Herr Burkhard Hoferichter, Stadt Lüneburg
Frau Regina Weidenhaupt und Frau Christa Wehner, Stadt Braunschweig
Frau Petra Bremke-Metscher, Stadt Oldenburg

Datum: 24.09.2009

Zeit: 9.00–10.30 Uhr

9.4 Zusammenarbeit Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie

Beide Hilfesysteme sind aufeinander angewiesen. Dennoch ist die Zusammenarbeit nicht immer konfliktfrei. Im Workshop werden Ursachen dafür analysiert. Es werden Überlegungen zur Veränderung vorgestellt und durch Praxisbeispiele belegt.

Moderation: Frau Carola Kirsch, Stadt Wolfsburg

Referent: Herr Prof. Dr. Christian Hoeger, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Georg-August-Universität Göttingen

Datum: 24.09.2009

Zeit: 16.00–18.00 Uhr

10. QUERSCHNITTSTHEMEN DER JUGENDHILFE

10.1 „Bologna“ und die Folgen

10 Jahre Hochschulreform und ihre Konsequenzen für die Soziale Arbeit

Die Entwicklung eines europäischen Bildungsraumes hat auf nationaler Ebene zu vielfältigen Neuerungen der Qualifikationsrahmen für die Hochschulen geführt. Die Ausbildungslandschaft gleicht einem Dschungel, der kaum zu durchdringen ist. Fehlende Übersicht charakterisiert das Verhältnis von Theorie und Praxis. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Hochschulen, die Absolventen und die Praxisfelder.

Die Veranstaltung gibt einen Überblick über die grundlegenden Änderungen in der Hochschulreform und bietet eine Annäherung an eine fach- und berufspolitische Einschätzung der damit zusammenhängenden Problematiken.

Moderation: Frau Renate Pischky-Winkler, Stadt Hildesheim

Referent: Frau Prof. Dr. Christa Paulini, HAWK
Herr Prof. Dr. Wolfgang Schröder, Stiftungsuniversität Hildesheim
Herr Richard Lauenstein, GEW
Herr Hans-Jürgen Immerthal, ver.di

Datum: 24.09.2009

Zeit: 16.00–18.00 Uhr

10.2 „Was macht das föderale System mit der Kinder- und Jugendhilfe?“

Die Föderalismusreformen I und II haben eine der umfangreichsten Änderungen des Grundgesetzes seit seiner Verabschiedung bewirkt. Ziel der Reformen ist die Entflechtung von Doppelzuständigkeiten von Bund und Ländern in verschiedensten Politikfeldern. Obwohl die Kinder- und Jugendhilfe nicht im Fokus der Föderalismusreformen stand, gibt es Auswirkungen, die sie durchaus betreffen oder treffen (können). Auf welche organisatorischen, standardsetzenden und ressourcenrelevanten Änderungen und neuen Anforderungen muss sich die kommunale Kinder- und Jugendhilfe einstellen? Welche Ansatzpunkte stehen für Einflussnahme und Mitgestaltung offen?

Referent: Herrn Dr. Michael Schwarz, Landesjugendamt Bremen
Datum: 24.09.2009
Zeit: 9.00–10.30 Uhr

10.3 Interkulturelle Öffnung in der Kinder- und Jugendhilfe Vorstellung von Best-Practise-Ansätzen

Durch den wachsenden Anteil an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund stehen immer mehr Kommunen vor der Herausforderung sich interkulturell zu öffnen und Strategien zu entwickeln, die ihnen einen besseren Zugang zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihren Familien verschaffen. In dem Workshop sollen Leitlinien und erfolgreiche Ansätze zur Interkulturellen Öffnung in der Jugendhilfe vorgestellt und Möglichkeiten der Umsetzung diskutiert werden.

Moderation: Herr Dr. Ayça Polat
Referent: Herr Dr. habil. Dursun Tan,
Fachbereich Jugend und Familie, Landeshauptstadt Hannover
Herr Jürgen Neubert, Stadt Braunschw./Koordinator Offene Ganztagsgrundschulen
Datum: 25.09.2009
Zeit: 9.00–10.30 Uhr

10.4 Genderorientierung in der Jugendhilfe

Nichts ist unmöglich!

Genderorientierung: Innovativer Kraftstoff für die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe

Der Mangel an Ressourcen zwingt nicht nur die Automobilindustrie zum Umdenken. Innovations- und Entwicklungsabteilungen arbeiten emsig daran, eine Motorentechnik hervorzubringen, die eine hohe Präzision und Leistung bei effizienter Ausnutzung der Ressourcen ermöglichen.

Der weiter fortschreitende gesellschaftliche Wertewandel erfordert auch von der Kinder- und Jugendhilfe ein Umdenken um auf die vielfältigen, zukünftigen Anforderungen von Kinder- und Jugendlichen reagieren zu können. Doch warum tut sich die Kinder- und Jugendhilfe so schwer damit, Geschlechtersensibilität als eine Form der Qualitätsentwicklung voranzutreiben? Wie kann bestehenden Widerständen begegnet werden? Worin genau liegen die Chancen und Vorteile einer geschlechterdemokratischen und diskriminierungsfreien Kinder- und Jugendhilfe?

Dieser Workshop zeigt die Vorteile des „Kraftstoffes Gender“ auf und bietet so hoffentlich zündende Ideen und Anregungen. Sie sind dazu herzlich eingeladen.

Moderation: Frau Astrid Schepers,
Fachbereich Jugend und Familie, Landeshauptstadt Hannover

Referent: Frau Almut von Woedtke und Frau Christiane Wiede

Datum: 24.09.2009

Zeit: 13.30–15.30 Uhr

INFORMATIONEN ZUR ANMELDUNG

1. Anmeldung

Eine Anmeldung ist ab sofort möglich. Die Anmeldung ist bis spätestens 15.08.2009 möglich. Spätere Anmeldungen können nach dem Termin nicht mehr berücksichtigt werden.

- Eine **EINZELANMELDUNG** kann erfolgen:
 - über das Anmeldeformular im Programmheft
 - oder über die Homepage (www.agjae.de oder www.Landkreishildesheim.de/agjae).

Das Anmeldeformular (PDF-Datei) können Sie herunterladen.

Per Brief oder Fax an:

Landkreis Hildesheim, FD 405 Jugendamt
Veranstaltungsbüro
Volker Mensing
Kaiserstr. 15
31134 Hildesheim,
Fax: 05121/ 309 956852 oder 309 6479

- **GRUPPENANMELDUNG** richten Sie bitte per Brief oder Fax an das Veranstaltungsbüro: Es müssen auf Listen alle Angaben der Einzelanmeldungen ersichtlich sein (Name, Organisation, gewünschte Veranstaltungen, Buffeteilnahme etc.).

2. Anmeldebestätigung:

Sie erhalten nach Ihrer Anmeldung und Eingang Ihres Teilnahmebeitrages umgehend eine Anmeldebestätigung per E-Mail, Fax oder Brief.

3. Tagungsunterlagen:

Alle weiteren Informationen und Unterlagen erhalten sie als Tagungsmappe bei Ihrer Ankunft am Veranstaltungsort.

4. Einlass:

Am 24.09.2009 ab 9.00 Uhr ist Einlass für angemeldete Teilnehmer/innen.

Mitwirkende können vorher ab 8.00 Uhr eintreffen um ihre Vorbereitungen zu treffen.

INFORMATIONEN ZUR ANMELDUNG

5. Mittagessen:

Für das Mittagessen stehen innerhalb oder im näheren Umkreis der Universität Hildesheim folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

- Mensa (Gebäude A / Untergeschoss) der Universität Hildesheim,
- Restauration im Gebäude C (Haupteingang) der Universität,
- Restaurants/Gaststätten in der Einkaufszeile.

6. Unterbringung / Übernachtung:

Eine Zimmerreservierung über das Veranstaltungsbüro ist nicht möglich.

Wegen der Unterbringung/Zimmerreservierung in Hildesheim wenden Sie sich bitte ausschließlich an die tourist-information Hildesheim.

Für die Zimmerreservierung verwenden Sie bitte das Meldeformular.

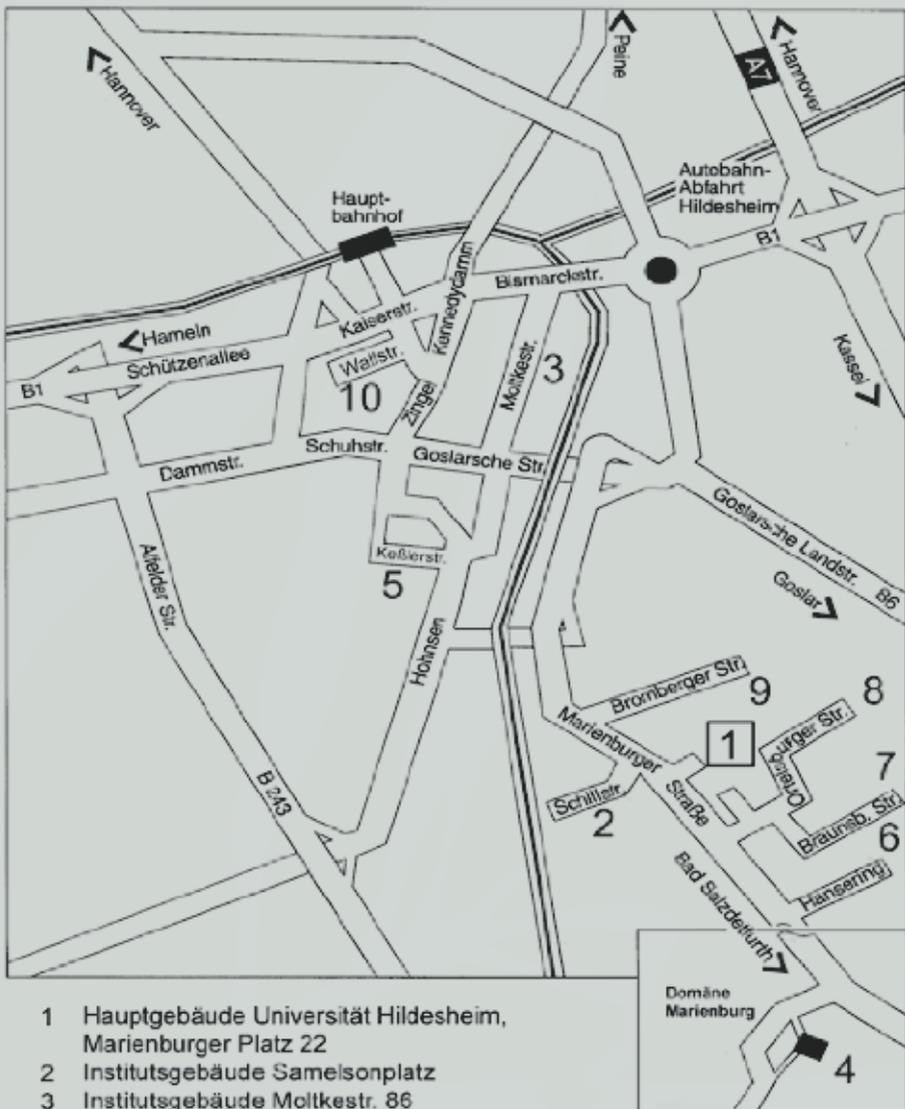
Senden Sie das Meldeformular bitte direkt an die tourist-information Hildesheim.

Eine Zimmerreservierung die beim Veranstaltungsbüro eingeht, kann aus organisatorischen Gründen nicht weitergeleitet werden.

ANREISE UND ZIMMERBELEGUNG: Bitte klären Sie für den An- und Abreisetag mit Ihrer Unterkunft die Bezugszeiten. Sie sollten ab 10.00 Uhr an der Universität sein, um Ihre Tagungsmappe in Ruhe entgegen nehmen zu können.

7. Rückfragen:

Rückfragen zur Anmeldung oder Veranstaltung können Sie im Veranstaltungsbüro stellen. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis donnerstags in der Zeit von 9.00 – 15.00 Uhr.



- 1 Hauptgebäude Universität Hildesheim, Marienburger Platz 22
- 2 Institutsgebäude Samelsonplatz
- 3 Institutsgebäude Mollkestr. 86
- 4 Domäne Marienburg
- 5 Organization Studies, Keßlerstr. 57
- 6-9 Wohnheime
- 10 Studentenwerk Wallstr. 3-5

ANFAHRTSBEŠCHREIBUNG ZUR UNIVERSITÄT HILDESHEIM

Anfahrtsbeschreibung Tagungsort / Universität Hildesheim

MIT ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTELN

Hildesheim ist ICE-Bahnhof mit stündlicher Anbindung von/nach Berlin und Frankfurt (Main). S-Bahn-Anbindung mit 60-Minuten-Takt über Sarstedt (Linie S 4) bzw. Lehrte (Linie S 3) von/nach Hannover.

Vom ZOB beim Hauptbahnhof Hildesheim die Stadtbuslinie 3 Richtung „Marienburger Höhe/Itzum“ nehmen. Haltestelle „Universität“ aussteigen.

Von der Innenstadt (z.B. Haltestelle „Schuhstraße“) die Stadtbuslinie 4 Richtung „Itzum“ nehmen. Haltestelle „Universität“ aussteigen.

MIT DEM AUTO

Aus Richtung Hannover oder Kassel über die A 7

Die Autobahn bei der Ausfahrt „Hildesheim“ - Nr. 62 - verlassen; (nicht „Hildesheim-Drispstedt“ - Nr. 61!). Bis zum Kreisel der B 1 Richtung Hildesheim-Zentrum folgen. Den Kreisel bei der dritten Abfahrt mit der B 6 in Richtung Goslar verlassen, bei der nächsten Kreuzung aber nicht nach links der B 6 folgen, sondern geradeaus fahren. Den Schildern „Marienburger Höhe“ bzw. „Universität“ folgen.

Aus Richtung Hannover über die B 6 (Messeschnellweg)

Der B 6 Richtung Goslar/Autobahn folgen. Den Kreisel bei der zweiten Abfahrt mit der B 6 in Richtung Goslar verlassen, bei der nächsten Kreuzung aber nicht nach links der B 6 folgen, sondern geradeaus fahren. Den Schildern „Marienburger Höhe“ bzw. „Universität“ folgen.

Aus Richtung Peine über die B 494

Die A 7 in Höhe der Ausfahrt „Hildesheim-Drispstedt“ - Nr. 61 - queren, geradeaus weiter fahren bis zur Kreuzung mit der B 6. Auf die B 6 in Richtung Goslar/Autobahn auffahren. Den Kreisel bei der zweiten Abfahrt mit der B 6 in Richtung Goslar verlassen, bei der nächsten Kreuzung aber nicht nach links der B 6 folgen, sondern geradeaus fahren. Den Schildern „Marienburger Höhe“ bzw. „Universität“ folgen.

Aus Richtung Hameln über die B 1

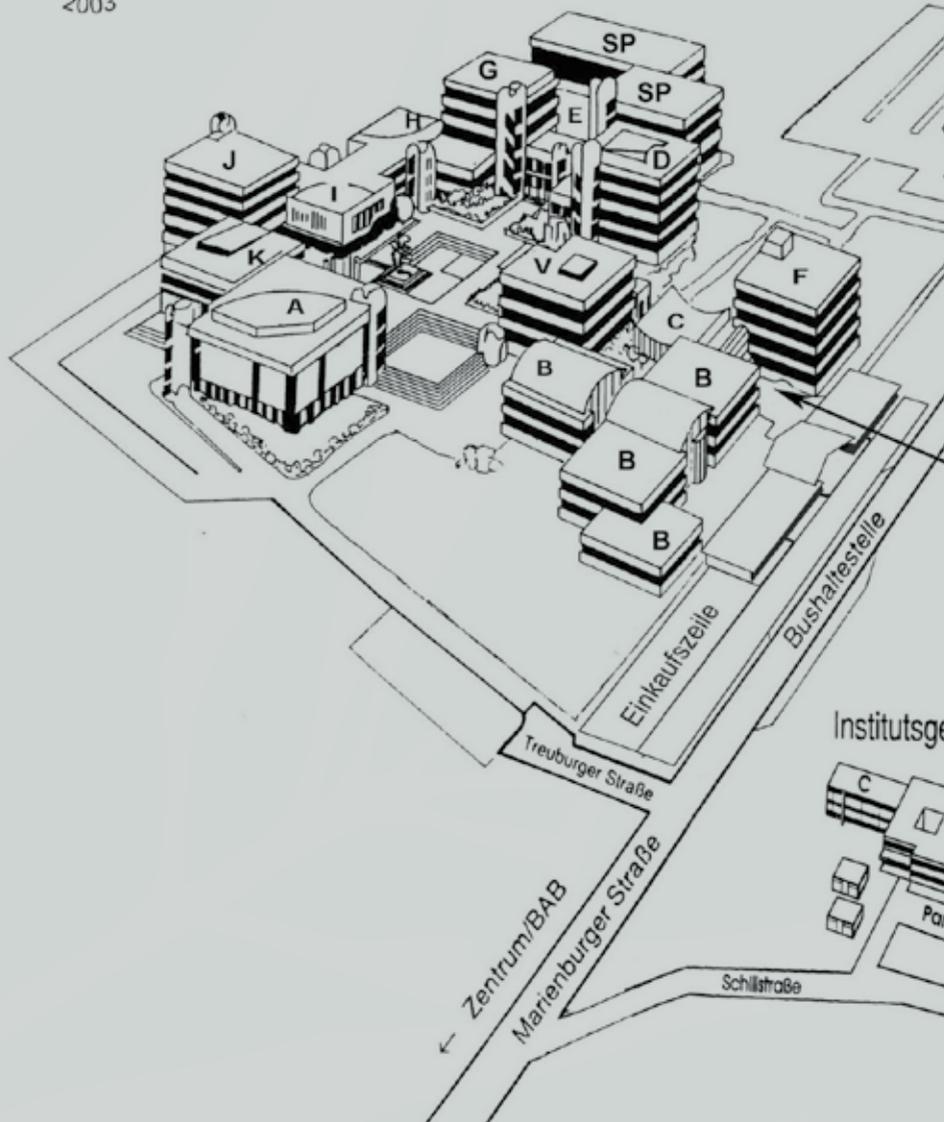
Auf der B 1 die Innenstadt bis zum Kreisel durchqueren. Den Kreisel bei der ersten Abfahrt mit der B 6 in Richtung Goslar verlassen, bei der nächsten Kreuzung aber nicht nach links der B 6 folgen, sondern geradeaus fahren. Den Schildern „Marienburger Höhe“ bzw. „Universität“ folgen.

Aus Richtung Braunschweig über die B 1

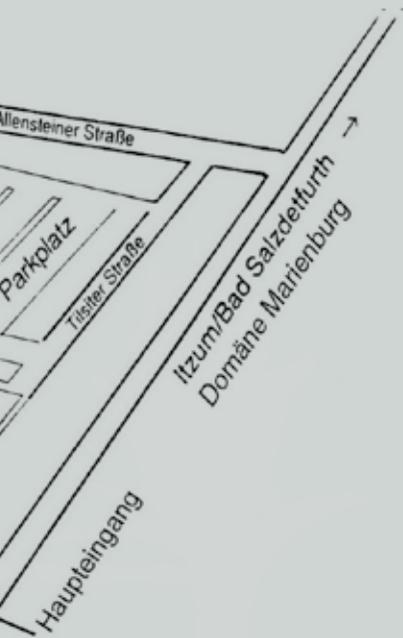
Bis zum Kreisel der B 1 Richtung Hildesheim-Zentrum folgen. Den Kreisel bei der dritten Abfahrt mit der B 6 in Richtung Goslar verlassen, bei der nächsten Kreuzung aber nicht nach links der B 6 folgen, sondern geradeaus fahren. Den Schildern „Marienburger Höhe“ bzw. „Universität“ folgen.

Aus Richtung Seesen/Osterode über die B 243

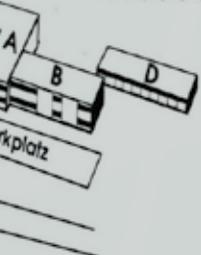
Ca. 1 km nach der Ortschaft Egenstedt bei der ersten Kreuzung nach rechts Richtung Marienburg/Itzum abbiegen. Der Hauptstraße folgen, bei der „Scharfen Ecke“, kurz nach der Innerste-Brücke, nach links der Hauptstraße folgen. Nach dem Ortsschild „Hildesheim“ auf den Wegweiser „Universität“ (nach rechts) achten.



GEBÄUDEPLAN DER UNIVERSITÄT HILDESHEIM



ebäude Samelsonplatz
Trakt A, B, C, D; Pavillons



- A Audimax / Mensa
- B Bibliothek
- C Haupteingang, Information, Cafeteria
- D Seminargebäude
- E Hörsaalgebäude H3
- F Seminargebäude, Zentrum für Fernstudium und Weiterbildung
- G Seminargebäude
- H Hörsaalgebäude H2 Konferenzraum
- I Hörsaalgebäude H1
- J Seminargebäude
- K Musiksaal
- SP Sportgebäude

NOTIZEN

BESTELLFORMULAR HOTELZIMMER

FAX 05121/1798-88

Hildesheimer Marketing GmbH
tourist-information
- Reservierungsservice -
Rathausstr. 20 (Tempelhaus)

31134 Hildesheim

Hotelzimmer-Reservierung

Große Arbeitstagung der AGJÄ Niedersachsen und Bremen vom 24. - 25.09.2009 in Hildesheim

Hiermit bestelle ich Einzelzimmer, Doppelzimmer.

Anreisetag: Abreisetag:

Gewünschte Kategorie:

**** Hotel Novotel, Zentrum	EZ 89,00 € <input type="radio"/>	DZ 57,50 € p. Person <input type="radio"/>
*** Hotel Schweizer Hof, Zentrum	EZ 69,00 € <input type="radio"/>	DZ 43,00 € p. Person <input type="radio"/>
*** Hotel Bürgermeisterkapelle, Zentrum	EZ 64,00 € <input type="radio"/>	DZ 40,00 € p. Person <input type="radio"/>
*** Gästehaus Café Timphus, Zentrum	EZ 62,00 € <input type="radio"/>	DZ 42,00 € p. Person <input type="radio"/>
*** Gästehaus Klocke, Zentrum	EZ 50,00 € <input type="radio"/>	DZ 37,50 € p. Person <input type="radio"/>

Alle Preise verstehen sich inkl. Frühstück.

Wenn die untere Preiskategorie belegt ist, bin ich mit einer Buchung in der nächst höheren Kategorie einverstanden.

Anreise per Bahn Anreise per Pkw

ANMELDESCHLUSS: 15. JULI 2009

Adresse:

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Tel./Fax-Nr.

E-Mail

.....

.....

Datum

Unterschrift

tourist-information Hildesheim · ☎ 05121-1798-0 · E-Mail: tourist-info@hildesheim-marketing.de.





Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter
der Länder Niedersachsen und Bremen
- AGJÄ -
Postfach 2509
49015 Osnabrück
Tel.: 0541/501-3195
E-Mail: agjae@lkos.de

Die AGJÄ ist eine Vereinigung aller örtlichen und überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in Niedersachsen und Bremen, deren Organe die Mitgliederversammlung und der Vorstand sind.
Vorsitzender des Vorstandes ist Herr Stefan Ottmann, Leiter des Jugendamtes des Landkreises Osnabrück.